

1 Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:
2 Der Bundeskongress möge beschließen:

3

4 **Eckpunkte für eine sozialistische Handelspolitik**

5

6 Wir Jusos sehen in linker Handelspolitik das Potenzial, ökonomischen Wohlstand zu stei-
7 gern, gerechter als bisher zwischen den Menschen auf der Welt zu verteilen und ökolo-
8 gisch nachhaltiger zu erwirtschaften. Faire Handelsverträge sind zudem ein kluges In-
9 strument dauerhafter Friedenssicherung. Die derzeitige globale Handelsordnung verfolgt
10 diese Ziele jedoch nicht. Sie folgt stattdessen dem neoliberalen Marktglauben, demzufolge
11 das Dogma eines schrankenlosen Freihandels per Zauberhand wirtschaftlichen Wohlstand
12 in einem Maße schaffen würde, der die Rücksicht auf oder gar das Vorantreiben von sozia-
13 len und ökologischen Kriterien angeblich überflüssig macht. Diese Feststellung gilt für das
14 nach wie vor gültige WTO-Regime wie auch für die aktuell in bilateralen oder begrenzt
15 multilateralen Verhandlungen befindlichen Abkommen TTIP, CETA, TiSA und weitere. Die
16 tatsächliche Leistungsbilanz solcher Abkommen drückt sich in wachsendem Druck auf
17 Arbeits- und Sozialbedingungen in allen Weltteilen, globaler Umweltzerstörung, regiona-
18 len Ressourcenkonflikten und Flüchtlingsströmen aus. Die gegenwärtige Welthandelsord-
19 nung hat dringenden Reformbedarf.

20

21 Um zu einer gerechteren Ordnung im Welthandel zu kommen, müssen progressive Kräfte
22 die handelspolitische Initiative ergreifen. Für uns Jusos ergeben sich folgende Eckpunkte
23 für eine sozialistische Handelsagenda:

24

25

26 **Standards erhöhen und sanktionsbewehrt durchsetzen**

27

28 Wir wollen Standards z.B. in den Bereichen ArbeitnehmerInnenrechte, VerbraucherInnen-,
29 Arbeits- und Datenschutz, Umwelt- und Klimaschutz, Landwirtschaftspolitik und Gesund-
30 heitspolitik nicht nur erhalten, sondern anheben - substanziell, fortschreitend und global!
31 Unter diesen Bedingungen begrüßen wir die Vereinheitlichung industrieller Standards als
32 Beitrag zur ökologischen Ressourcenschonung und wirtschaftlichen Effizienz. Anstatt
33 Handelsbeziehungen an Kapitalinteressen auszurichten, wie im neoliberalen Paradigma
34 vorgesehen, muss das Ziel jeglicher progressiver Handelsabkommen sein, gemäß dem
35 Prinzip "Der höhere Standard wird übernommen" gesellschaftliche Verbesserungen zu
36 erzielen. Das ständige Recht der Abweichung nach oben muss dabei gewährleistet sein.

37

38 Höhere soziale und ökologische Standards gilt es nicht nur zu vereinbaren, sondern auch
39 effektiv durchzusetzen. Zu diesem Zweck wollen wir internationale Gerichtshöfe, die nicht
40 für die Sicherung von Kapital-, sondern von gesellschaftlichen Interessen zuständig sind.
41 Vor ihnen sollen Verstöße gegen Arbeitsrecht und Umweltrecht vorgebracht und bei einer
42 Verurteilung mit Sanktionsmechanismen belegt werden können. Als Sanktionen bieten
43 sich bewährte Instrumente der internationalen Beziehungen an: vom Beginn verpflicht-
44 tender Konsultationen über die Verhängung von Strafzöllen bzw. der Kürzung von Ent-
45 wicklungshilfe bis hin zu Importverboten bei schweren Vergehen wie der Missachtung des
46 Rechts auf gewerkschaftliche Aktivität. Das Klagerecht von Staaten wollen wir um ein
47 Verbandsklagerecht von Gewerkschaften und Umweltverbänden ergänzen. Innerhalb der
48 EU muss das Europäische Parlament die Möglichkeit haben, die Kommission zur Einrei-
49 chung einer Klage aufzufordern.

50

51 **Multilateralen Grundsatz verfolgen - bilaterale Optionen nutzen**

52

53 Grundsätzlich wollen wir Verhandlungen auf multilateraler Ebene einer Vielzahl bilatera-
54 ler Verträge vorziehen. Ein Geflecht aus verschiedensten bilateralen Verhandlungen wie
55 derzeit angestrebt ist für die Zivilgesellschaft nur schwer nachvollziehbar. Das öffentliche
56 Interesse wird auf die Dauer erlahmen. Die leichter für Lobbyarbeit zu organisierenden
57 Kapitalinteressen sind demgegenüber strukturell im Vorteil. Zudem dienen eine Vielzahl
58 bilateraler Verträge und Vertragsvorhaben wie die aktuellen der EU einem chauvinisti-
59 schen Zweck, nämlich bestimmte Regeln unter Ausschluss möglichst vieler weniger entwik-
60 kelter Staaten global durchzusetzen. Fakt ist aber auch, dass die multilateralen Verhand-
61 lungen, die bisher auf WTO-Ebene stattgefunden haben, einem klaren neoliberalen Frei-
62 handelskonzept gefolgt sind. Die Dominanz des Freihandel-Narrativs ist daher gegenwärtig
63 auch in der multilateralen Arena ungebrochen. Ein unabsehbar langes Warten auf mul-
64 tilaterale Verhandlungen unter progressiven Vorzeichen ist nicht zielführend. Bilaterale
65 Verhandlungen, die aus den richtigen Motiven und mit den richtigen Zielen geführt wer-
66 den, müssen deshalb sinnvolle Ergänzung sein, um kurz- und mittelfristig Fortschritte zu
67 erzielen und langfristig eine bessere strategische Ausgangsposition für multilaterale Ge-
68 spräche zu erzielen.

69

70 **Handel als Instrument der Friedens- und Entwicklungspolitik einsetzen**

71

72 Freihandel im Sinne einer völligen Deregulierung des Welthandels lehnen wir ab, da durch
73 ihn immer wirtschaftlich stärkere Staaten profitieren und den schwächeren Staaten ihre
74 Bedingungen aufdrücken können und werden - unabhängig davon, was das für die Men-
75 schen in diesen Ländern bedeutet. Eine sozialistische Handelspolitik muss sich deshalb für
76 einen regulierten Welthandel einsetzen, der schwächere Volkswirtschaften schützt und es
77 gerade ihnen ermöglicht, den Wohlstand ihrer Menschen zu vergrößern. Um dies zu errei-
78 chen, kann es sinnvoll sein, den schwächeren Vertragspartnern eines Handelsabkommens
79 die Möglichkeit protektionistischer Maßnahmen (z.B. temporäre Schutzzölle) einzuräu-
80 men. Ebenso müssen die Menschen in diesen Staaten z.B. von der Ausbeutung von Res-
81 sourcen auf ihrem Gebiet profitieren (wobei hier auch der Nachhaltigkeitsgedanke stärker
82 in den Fokus gerückt werden muss) und dürfen nicht durch Importzölle bzw. Exportsub-
83 ventionen von reichen Industriestaaten drangsaliert werden. Auf diese Weise wollen wir
84 Entwicklungsländern eine auch qualitativ aufholende Entwicklung ermöglichen, statt
85 ihnen einen dauerhaft benachteiligten Platz in der globalen Arbeitsteilung zuzuweisen,
86 und die globale Reichtumsverteilung gerechter gestalten.

87

88 Indem wechselseitige wirtschaftliche Abhängigkeiten von Staaten geschaffen werden,
89 dient linke Handelspolitik als Instrument dauerhafter Friedenssicherung. Der aktuelle Uk-
90 raine-Konflikt zeigt, wie auf Ausgrenzung von Konkurrenten bedachte Handelspolitik zu
91 kriegerischen Auseinandersetzungen führen kann: Der Druck auf die im Außenhandel
92 gleichermaßen mit Ost und West verwobene Ukraine, sich zwischen exklusiven Handels-
93 beziehungen mit der EU oder exklusiven Handelsbeziehungen mit der Eurasischen Union
94 entscheiden zu müssen, hat das Land zerrissen. Als Jusos wollen wir eine Handelspolitik,
95 die nicht kriegerische Konflikte zur Befriedigung von Kapitalinteressen in Kauf nimmt,
96 sondern die Schaffung und Sicherung von Frieden als explizite Zielgröße aufnimmt, die
97 Konkurrenzinteressen überzuordnen ist. Insbesondere bedarf es zur nachhaltigen Frie-
98 denssicherung in Mitteleuropa zeitnah der Schaffung tiefgehender ökonomischer Inter-
99 dependenzen der EU mit der Russischen Föderation im Rahmen eines weitergehenden
100 Handelsabkommens.

101

102 **Öffentliche Güter stärken - Sozialisierungen ermöglichen**

103

104 Güter wie Wasser, Strom, Personennah- und Fernverkehr etc. müssen für alle Menschen
105 zuverlässig und erschwinglich bereitgestellt werden. Deshalb müssen sie lokal bzw. regio-
106 nal von der öffentlichen Hand gewährleistet werden. Der Trend, dass durch Freihandels-
107 kommen die öffentliche Daseinsvorsorge liberalisiert und privatisiert werden soll (aktuel-
108 les Beispiel: Trades in Services Agreement, TiSA), muss gestoppt werden. Es ist nicht sinn-
109 voll, die entsprechenden Güter, wie Wasser, Strom, Personennah- und Fernverkehr etc.,
110 per globaler Ausschreibung an den günstigsten privaten Anbieter zu verge-
111 ben. Handelsabkommen müssen diese Grundannahme akzeptieren und die öffentliche
112 Daseinsvorsorge mindestens unangetastet lassen. Das Ziel sollte aber auch hier die Ein-
113 führung positiver Standards sein.

114

115 Durch die geplanten Freihandelsabkommen der EU mit Kanada und den USA (CETA bzw.
116 TTIP) sind die Schiedsgerichte zum Investorenschutz (ISDS) in den Blick der Öffentlichkeit
117 gerückt. Hierbei wurde vonseiten des Kapitals immer wieder angeführt, dass solche
118 Schiedsgerichte gang und gäbe bei Handelsabkommen seien. Wir sagen: umso schlimmer!
119 Es muss darauf hingewirkt werden, dass die ISDS-Gerichte bald weltweit der Vergange-
120 heit angehören. Bisherige Handelsabkommen müssen entsprechend verändert werden.
121 Als Ersatz ist ein globales Handelsschiedsgericht, welches demokratisch legitimiert ist und
122 über Streitfälle (wie einen Vertragsbruch) entscheidet, in Betracht zu ziehen. Demokra-
123 tisch legitimierte Sozialisierungen müssen dabei unangetastet bleiben.

124

125 **Begründung:**

126

127 Die aktuellen Auseinandersetzungen um TTIP, CETA und weitere geplante Freihandelsab-
128 kommen hat die Debatte um die gesellschaftlichen Auswirkungen von Handelsabkommen
129 wieder in den gesellschaftlichen Fokus gerückt. Die internationale Linke befindet sich auf
130 dem Themenfeld aber derzeit in einer Defensivposition. Die Diskussion wird auf der
131 Grundlage von bürgerlicher Seite initiiert, während zivilgesellschaftliche
132 Institutionen darum kämpfen, deren schädliche Auswirkungen zu verhindern. Um
133 sich nicht nur auf die Abwehr von Rückschritten - kombiniert mit der Forderung nach
134 punktuellen Verbesserungen - zu beschränken, sondern soziale und ökologische Fort-
135 schritte zu erzielen, muss die internationale Linke die Deutungshoheit in der Handelspoli-
136 tik erlangen und in die Lage kommen, die handelspolitische Agenda selbst zu setzen. Dafür
137 bedarf es einer handelspolitischen Konzeption von links. Der vorliegende Antrag formu-
138 liert hierfür erste Eckpunkte.